

01 - Büro des Oberbürgermeisters
Frau Doll

Datum:
17.10.2018

Anfrage

Beschließendes Gremium:

Anfrage "BIMA-Flächen im Stadtgebiet" (Anfrage des Beigeordneten Blanck vom 17.10.2018, eingegangen am 17.10.2018 um 16:53 Uhr)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
Ö	01.11.2018	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

s. beigefügte Anfrage des Beigeordneten Blanck vom 17.10.2018, eingegangen am 17.10.2018 um 16:53 Uhr

Beschlussvorschlag:

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten (in €)

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 16,00 €
 - aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
 - Ja
 - Nein
 - Teilhaushalt / Kostenstelle:
 - Produkt / Kostenträger:
 - Haushaltsjahr:
- e) mögliche Einnahmen:

Anlage/n:

Anfrage des Beigeordneten Blanck vom 17.10.2018, eingegangen am 17.10.2018 um 16:53 Uhr

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:



**Stadtratsfraktion
Lüneburg**

Beigeordneter Ulrich Blanck

Dahlenburger Landstraße 179a
21337 Lüneburg

04131 221580
ulrich.blanck@rathaus-aktuell.de

Oberbürgermeister Mädge
- Rathaus -

21335 Lüneburg

17. Oktober 2018

Anfrage zur Ratssitzung am 1.11.2018 „BIMA-Flächen im Stadtgebiet“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mädge,

aufgrund der Presse-Berichterstattung der letzten Woche bitte ich um Auskunft, ob, und wenn ja welche noch nicht veräußerten Flächen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) es im Stadtgebiet Lüneburg gibt und welche ggf. für jetzt günstigen Erwerb zur Nutzung für den Bau preiswerten Wohnraums in Frage kommen.

Hintergrund: Berichte der Süddeutsche Zeitung vom 9. und 13. Oktober

09.10.18 Der Finanzminister Olaf Scholz (SPD) hat die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) angewiesen, "Wohnungsbau jetzt möglich zu machen", und zwar indem die Bima die bundeseigenen Grundstücke in vereinfachtem Verfahren und vor allem verbilligt, zum Teil sogar umsonst, an Kommunen und Städte abgeben soll, wenn diese dort Sozialwohnungen schaffen.

13.10.18 Der Bund darf den Kommunen künftig "alle entbehrlichen Grundstücke" verbilligt verkaufen, wenn darauf Sozialwohnungen gebaut werden. Demnach sind "Verbilligungen bis zu 100 Prozent des Grundstückskaufpreises" möglich - der Bund verschenkt quasi seinen Boden.

Für die Fraktion